Nr. 199 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Donnerstag, den 14. Dezember 1933

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Göring gegen das Reichsgericht

Mit dem Verhandlungsergebnis unzufrieden. — Die Angeklagten sollten längst am Galgen hängen
Nur kein Recht, sondern Todesurteile

Was die Auslandspresse längst als Tatsache hingestellt hat, dass die heutigen Machthaber mit dem Ergebnis des Reichstagsbrandprozesses höchst unzufrieden sind, hat jetzt der neugewählte Reichstagspräsident und Chef der deutschen Tscheka offen zum Ausdruck gebracht, indem er einem Vertreter der „Berliner Nachtausgabe" erklärt, dass es empörend sei, dass man sich in Leipzig an Paragraphen klammert, statt die „Verbrecher" längst dem Volksurteil zu überlassen. Das ganze deutsche Volk warte auf ein Urteil, um die Verantwortlichen für den Reichstagsbrand zu treffen.

Es ist bekannt, dass das Reichsgericht in seinem dritten Teil des Prozesses, dem politischen, ängstlich allen Beweisanträgen Dimitroffs aus dem Wege ging, die Zeugenvernehmung der Hugenberg, Schleicher und Papen ablehnte, weil man nicht annehmen kann, dass diese ehemaligen Minister Meineide leisten, wie sie durch Göring und Goebbels geleistet wurden, und als Göring durch Dimitroff in die Enge getrieben wurde, einfach Dimitroff aus dem Gerichtssaale verwies, dem der Oberreichsanwalt sich willig anschloss, als Dimitroff an Göring die Frage richtete, ob er Angst vor den gestellten Fragen habe. Bis zur Stunde hat man weder Dimitroff, noch Torgler, weder Taneff, noch Popoff etwas nachweisen können, dass sie irgendwie am Reichstagsbrand beteiligt waren, aber der Chef der deutschen Tscheka fordert schon ihren Kopf, eine sehr deutliche Drohung für die Urteilsfällung des Reichsgerichts.

Acht Minuten Reichstag

Am Dienstag nachmittags trat der „nationalsozialistische Reichstag" zu seiner Sitzung zusammen, die ganze acht Minuten dauerte, bei welcher selbst auf alle Formalitäten verzichtet wurde und nur Göring als Präsident, Kerrl als Vicepräsident und das Büro gewählt wurde. Mit „Siegheil" wurde darauf die Sitzung geschlossen. Der neue Reichstag, ganz nach dem Willen des „Volkes" gewählt, könnte ebensogut eine Taubstummenanstalt für deutsche Abgeordnete genannt werden.

Vor einer Militärdiktatur in Japan?

Sanierung der Finanzen mit Bajonetten. — Japan fühlt sich bedroht. Sturz dem heutigen System

Bekanntlich ist die Regierungskrise vor einigen Wochen zwischen den Militärs und den Zivilisten nur unter dem Druck des „Mikado" vermieden worden, da sich der Finanzminister weigerte. die hohen Forderungen für Rüstungszwecke im neuen Haushalt sicherzustellen. Japan fühlt sich durch die Anerkennung Russlands durch Amerika in seinem Bestand bedroht, nachdem man das japanische Angebot auf den Abschluss eines Nichtangriffspaktes durch Amerika nicht einmal einer Antwort gewürdigt hat. Der Finanzminister erklärt sich ausserstande, eine Sanierung durchzuführen, wenn die Militärausgaben immer wieder anwachsen. Darüber besteht nun im Kabinett der grösste Gegensatz, der jetzt dadurch behoben werden soll, dass in allernächster Zeit das Kabinett zurücktritt und die Militärdiktatur eingeführt wird, an deren Spize der Kriegsminiser **Araki** stehen wird, auch der Admiral **Osumi** soll zu den neuen Machthabern stehen. Die überwiegende Mehrheit des japanischen Volkes ist nationalistisch-militaristisch und fordert den Sturz des Systems, welches gegen die wahnsinnigen Rüstungszwecke ist und eine Friedenspolitik anstrebt. Kriegsminister Araki rechnet spätestens 1936 mit einem Krieg im Fernen Osten und will bis zu diesem Zeitpunkt die restlosen, die erforderlichen Rüstungen durchgeführt wissen, stösst aber auf Widerstand bei den Zivilisten im Kabinett, und darum rechnet man mit der Militärdiktatur in absehbarer Zeit, die eben alle Widerstände überwinden will.

Bundespräsident Miklas gegen Dollfuss?

Ultimatum bis zum 10. Januar. — Warum die Verhandlungen mit dem Landbund unterbrochen wurden.

Die Stellung der oesterreichischen Regierung, unter Führung des Bundeskanzlers Dollfuss, ist unhaltbar geworden. Politische Kreise wollen wissen, dass das Kabinett Ende Januar nicht überleben wird. Die einzelnen Minister regieren gegeneinander und überschütten sich mit Anklagen, die Dollfuss in ein gefährliches Licht brachten. Nun versucht Dollfuss, mit den Nationalsozialisten zu paktieren, was wieder durch den Minister Schuschnigg vereitelt wurde, indem er Hitlers „Mein Kampf" in Oesterreich verbot und dem Nazigauleiter Frauenfeld eine Hochverratsanklage anhängte. Aber den weit gefährlicheren Schlag führten die Bischöfe gegen Dollfuss, indem sie den Geistlichen jede politische Betätigung verboten und damit die Politik der Christlich-Sozialen diskreditieren, an ihr keinerlei Verantwortung tragen wollen.

Wie politische Kreise wissen wollen, hat nun dieser Tage zwischen Bundespräsidenten Miklas und Dollfuss eine Unterredung stattgefunden, in welcher der Bundespräsident den Bundeskanzlers daran erinnerte, dass er die Verfassungsreform innerhalb von 6 Monaten durchführen wollte und die Frist bereits am 10. Januar abläuft. Sollte bis dahin Ruhe und Ordnung in Oesterreich nicht eintreten, dann müsste er von seinen Vollmachten Gebrauch machen, Miklas will sich von Dollfuss trennen. Inzwischen stellen die Heimwehrleute Starhembergs Forderungen, und der Landbundführer Winkler hat die Verhandlungen mit Dollfuss um den Regierungseintritt deshalb unterbrochen, weil Dollfuss für das, nach Januar kommende, Kabinett keine genügenden Vollmachten mehr hat. Es hat dem Napoleon in der Westentasche alles Intrigenspiel nichts genutzt, er wird von seinem Herrn abgeschoben!

Laroche bei Beck

Der französische Botschafter in Warschau besuchte am Dienstag nachmittag den polnischen Aussenminister Beck, um ihm mitzuteilen, dass der französische Aussenminister Paul Boncour der polnischen Regierung seinen Besuch machen werde.

Der Wahlterror in Rumänien hat begonnen!

(I. I) Die neue rumänische Regierung, die von den Liberalen gestellt wird, hat die Kammer aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, Das diese Wahlen nach dem berüchtigten System der rumänischen Liberalen vor sich gehen sollen, bei dem die Regierungspartei mit Hilfe des gesamten Staatsapparates die Tätigkeit gegnerischer Parteien völlig lahmgelegt und den Wahlkampf in absolut gesetzwidriger Weise für die gegnerischen Parteien unmöglich macht, zeigt die nachstehende Meldung der „Neuen Zeitung" in Temesvar. Bekanntlich hat noch stets die jeweilige Regierungspartei in Rumänien die Mehrheit der Mandate erobert. Wie sie das macht, geht aus diesem Situationsbericht eindeutig hervor.

Alljene, die auch nur einen Augenblick daran glaubten dass die liberale Regierung die Wahlfreiheit garantieren werde, haben eine bittere Enttäuschung erlebt. Kaum dass die Wahlpropaganda ernsthaft begonnen hat, sind auch schon eine Menge Meldungen über starken behördlichen Terror eingelaufen. Die unausbleiblichen Wahlhelfer der Liberalen, die Gendarmen, sind wieder als entscheidende Faktoren aufgetaucht, wie auch die Stuhlrichter und Gemeindesekretäre ganz besonders Weisungen für die Wahlen erhalten haben, die vielfach den Gesetzen widersprechen. Uns werden darüber einige Einzelheiten berichtet, die wir nachfolgend wiedergeben:

Die Sozialdemokratische Partei hatte für den 2. Dezember nach Jahrmarkt und für den 3. Dezember nach Hatzfeld Propagandaversammlungen einberufen und dazu auch die Bewilligung der Komitatspräfektur erhalten. Die erste Ueberraschung der Versammlungseinberufer war nun die, das man das einzige Publikationsmittel der Dörfer, den Trommelschlag, verbot. Als dann der Listenführer der Partei für Temes-Terental, Jon Clopotzel, in Begleitung einiger Parteifreunde in Jahrmarkt eintraf, um seine Programmrede in der bewilligten Versammlung zu halten, erfuhr er, dass die Versammlung verhindert wurde. Und alsbald erschienen zwei Gendarmen, die die Delegierten, die auf dem Wege ins Gemeindehaus waren, auf der Strasse auf das unhöflichste zur Rede stellten, wozu sie in die Gemeinde gekommen wären. Diese teilten den Zweck ihres Kommens mit, worauf der Führer der Gendarmen ihnen eröffnete, dass die Versammlung nicht abgehalten werden dürfe, weil sie nicht pünktlich zur angegebenen vierten Nachmittagsstunde eröffnet wurde.

Interessant ist noch, dass der Notar mitteilte, dass Wahlpropagandaschrifen auch nur in dem Falle verbreitet werden können, wenn diese vorher ihm zur Zensur vorgelegt würden und er an diesen keinen Anstand finde.

Die Hatzfelder Versammlung konnte ebenfalls nicht abgehalten werden, da auch dort ähnlich wie anderswo sowohl das Trommeln wie auch die Einberufung mittels Flugzetteln verboten war.

Ueber ähnlichen Terror wie in unserem Bezirke kommen auch aus Siebenbürgen und Bessarabien Meldungen. Auch dort richtet sich der liberale Terror in erster Linie gegen die Sozialdemokratische Partei. Interessanterweise hauptsächlich in jenen Bezirken, wo die Sozialdemokratie stark ist und bei den letzten Wahlen Tausende von Stimmen erhielt.

So meldet man, dass der Siebenbürger Regionalsekretär und Zilaher Kandidat der Sozialdemokraten, Franz Bruder, und der Lokalsekretär der Partei in Zilah, Juljus Walter, dortselbst verhaftet wurden. Jede Interwention wegen Freilassung blieb erfolglos, auch das Sprechen mit den Verhafteten wurde verboten.

In Bessarabien, wo die Sozialdemokratische Partei bei den letzten Wahlen dreissigtausend Stimmen erhielt, werden die Vertrauensmänner der Partei daran gehindert, die Kandidaturen einzureichen. wo es schon gelang, in das Büro des Gerichtspräsidenten zu gelangen, wurden die Listen verschiedenartig bemängelt und auf diese Weise ihre Einreichung verhindert.

Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige legale politische Vertretung der Arbeiterschaft Rumäniens. Es scheint, dass die Liberalen ein Parlament zustande bringen wollen, in dem kein einziger Arbeitervertreter Platz bekommt. Dieses Vorgehen beweist, dass die Liberalen in den Jahren, wo sie in Opposition waren, nur ihr Parteiprogramm geändert haben, nicht im Mindesten aber ihre Methoden, mit denen sie früher immer gearbeitet haben.

Eiltempo im Sejm

Die Regierungsprojekte der Kommission überwiesen. — Um die Mandate der Brest-gefangenen. — Eine Plenumsitzung von 12 Minuten

Den Plenumsberatungen der polnischen „Volksvertretung" gingen verschiedene Sitzungen der einzelnen Sejmfraktionen voraus, in denen insbesondere über die kommenden Interpellationen Beschlüsse gefasst wurden. Pünktlich um 4 Uhr eröffnete der Sejmmarschall die Sejmsitzung und gab bekannt, dass die Mandate der Abgeordneten Barlicki, Dubois, Ciołkosz, Kiernik, Liebermann und Witos mit dem 6. Oktober erlöscht sind und ersucht den Sejm diese Tatsache zu bestätigen. Der Abgeordnete Rog der Volksparteiler erklärt, hierauf in Antragsform, dass die Mandate ihre Gültigkeit haben, worauf es zu einer formalen Abstimmung kommt, indem das Regierungslager sich der Ansicht des Sejmmarschalls durch Abstimmung anschliesst. Nachdem einige neue Abgeordnete ihren Einführungseid geleistet haben, verliest der Sejmmarschall 10 Regierungsprojekte, die dem Sejm vorgelegt wurden, die debattelos den fraglichen Kommissionen überwiesen werden, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen. Das Eiltempo der „Verhandlungen" nahm eine so rasche Abwicklung, dass eine von der Volkspartei (Witos-Richtung) eingereichte Petition, bezüglich der Vorgänge in Kleinpolen, nicht zur Verlesung kam, sondern erst in der Freitagssitzung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Nach kaum 12 Minuten schliesst der Marschall die Sitzung, wobei die Opposition den Saal mit einem Hoch auf die Brester Gefangenen verlässt.

Gerüchte um die polnische Amnestie

Das Montagsblatt „Depesza" schreibt, dass die Regierung eine politische Amnestie erst nach Annahme der neuen Verfassung erlassen wolle. Die Verantwortung für diese Richtigkeit soll dem fraglichen Blatt überlassen werden. Der Herr Staatspräsident, dessen Amnestierecht durch den neuen Verfassungsentwurf erweitert werden soll, würde gewissermassen zur Belohnung für die Annahme dieses Staatsgrundgesetzes zum ersten Mal von diesem Recht in grösserem Umfange Gebrauch machen. Da verschiedene grössere und kleinere Oppositionsgruppen, die Amnestierung ihrer Angehörigen erhoffen und wünschen, würde dieser Umstand, so meint die „Depesza" nicht ohne Einfluss bleiben.

Die „Amnestie"

Nach den Wahlen vom 12. November versprachen die nationalsozialistischen Machthaber eine Amnestie. Statt der Amnestie erfolgen jetzt täglich Massenverhaftungen, über die auf ausdrückliche Anweisung der Geheimen Staatspolizei die Presse nicht mehr berichten darf. Wie die in Prag erscheinende Sopade-Information mitteilt, sind allein in den letzten vier Wochen mehr als 1000 frühere Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Und zwar allein in Dresden 500, in Chemnitz 190, in Breslau 120. Da auch unter den übrigen oppositionellen Gruppen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, so sind die Gefängnisse und Konzentrationslager so überfüllt, dass häufig Entlassungen von Inhaftierten nicht aus rechtlichen oder politischen Erwägungen erfolgen, sondern einfach aus Mangel an Platz. Das ist umso bemerkenswerter, weil entsprechend den barbarischen Grundsätzen des neuen nationalsozialistischen Strafvollzugs die Gefängnisse bereits vier- bis sechsfach so stark belegt sind als früher. Wenn also überhaupt eine Amnestie erfolgt, so nicht, weil man begangenes Unrecht sühnen oder einen Strich unter das Vergangene ziehen will, sondern nur, weil GefängnisseZuchthäuser, Konzentrationslager und SA.-Folterstätten überfüllt sind.

Linksruck in Finnland

Sozialdemokratischer Vormarsch.

Bei den jüngst in Finnland in einer Reihe von Städten durchgeführten Kommunalwahlen, hatten die Sozialdemokraten und die Linke überall Fortschritte zu verzeichnen. In Helsingfors, der Hauptstadt Finnlands, erhielten die Sozialdemokraten 23 Mandate und gewannen eines hinzu, die Fortschrittler hoben sich von 4 auf 6, die Schweden erhielten 19 Mandate. In den übrigen Städten verschob sich das Verhältnis nach Links, besonders schwere Verluste haben die Lappoleute zu verzeichnen.

Mussolinis „Gleichschaltung"

Es gibt keine Arbeiter und Unternehmer.

In der Nacht zum Montag hat der faschistische Grosse Rat das **Gesetz über die Korporationen** verabschiedet. Die Absicht der Gesetzgebung tritt am klarsten in den neuen Begriffsprägungen in Erscheinung, die verwendet werden. Das Gesetz spricht nicht mehr von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern, sondern nur von den „Produttore", den „Schaffenden", und nicht mehr von Löhnen und Gehältern, sondern von Tarifen Leistungen und Diensten. Zum erstenmal ziehen sich diese Begriffsverwendungen vollkommen einheitlich durch das Gesetz. Was den Inhalt des neuen Gesetzes anlangt, unterscheidet es sich in keiner Richtung von dem, was in der letzten Tagung des Nationalrates der Korporationen vorgesehen wurde.

Naziattentate auf die sozialistische Volksstimme

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, sind auf die Geschäftsstelle der sozialistischen Volksstimme in Dudweiler und Neukirchen Anschläge verübt wurden. Es handelt sich um Anschläge durch Nationalsozialisten, die merkwürdigerweise ihre Taten unter dem Schutz der Schupo vollziehen konnten. Die „Volksstimme" ist das einzige deutsche Blatt in Saarbrücken, welches sich nicht gleichschalten liess. Die hohe Regierungskommission kann die Naziattentäter nicht ausfindig machen, weil eine Gerichtsbehörde unter ihrem Schutz in die Hitlerschwärmerei übergegangen ist.

Der Regierungsblock „siegt" weiter

Am vergangenen Sonntag wurden in 4 Wojewodschaften Kleinpolens die Stadtratswahlen und zwar Krakau, Lemberg, Stanislawow und Tarnopol durchgeführt, die allgemein ruhig verliefen. Insgesamt waren 115 Städte in den genannten Wojewodschaften beteiligt. Wie nicht anders zu erwarten war, weiss die Regierungspresse auf der ganzen Linie von Erfolgen des Einheitsblocks des Regierungslagers zu berichten, da vielfach sogenannte Einheitslisten **ohne** Wahlen durchkamen. Die Sozialisten haben in Krakau, Lemberg und Tarnopol Erfolge zu verzeichnen, auch ein Zuwachs von jüdischen Mandaten wird berichtet. Zurückgegangen ist auf der ganzen Linie die Nationaldemokratie.

Genosse Lansbury lebensgefährlich verletzt

Der Führer der englischen Arbeiterpartei im Unterhaus, Genosse Lansbury, ist in London gestürzt und hat sich hierbei einen lebensgefährlichen Oberschenkelbruch zugezogen. Genosse Lansbury ist sofort ins Krankenhaus überführt worden, doch wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

Wo ist der Herzog?

„Petit Parisien" teilt mit, dass der Herzog Philipp Albrecht von Württemberg, **der sich weigerte zu wählen,** von SA. misshandelt und verhaftet worden sein soll. Nach einer anderen Version soll er aufgefordert worden sein, das Land innerhalb von drei Tagen zu verlassen. Nach einer dritten Darstellung soll der Herzog im **Kozentrationslager Heuberg** interniert worden sein.

Petitionssturm für Unschuldige

Das Komitee zur **Befreiung** Dimitroffs, Torglers, Popoffs und Taneffs, dem 23 Organisationen mit Millionen Mitgliedern angeschlossen sind, veranstaltet am kommenden Sonntag in ganz Frankreich einen „Nationalen Petitionstag", auf dem Hunderttausende von Unterschriften zugunsten der unschuldig Angeklagten gesammelt werden sollen.

Schwarz gegen Braun

Die Negerrepublik Liberia hat beschlossen, wie aus Monrovia gemeldet wird, alle Deutschen auszuweisen, falls die nationalsozialistische Reichsregierung das Prinzip der Inferiorität der schwarzen Rasse aufrecht zu erhalten gedenkt. Die meisten Kaufleute in Liberia sind Deutsche, nun werden sie durch das Rassenexempel des Führers Hitler aus ihrer Heimat vertrieben. Man sieht, was für Unfug die Nazis in der Welt anrichten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt gegen den Arbeitsbeschaffungsschwindel

In einem Pressegespräch über die Arbeitsbeschaffung äusserte sich Reichswirtschaftsminister Schmitt sehr pessimistisch und betonte, dass erst der Angriff auf die Arbeitslosigkeit durchgeführt sei. Die Erfolge seien aber keineswegs ausschlaggebend, weil die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr gross sei, und vor allen Dingen, weil ihre Beschäftigung nicht aus der Wirtschaft heraus, sondern auf Grund öffentlicher Aufträge zustande gekommen sei. **Es wäre nichts gefährlicher, als sich über das Ausmass des erzielten Erfolges Illusionen hinzugeben.** So urteilt der Wirtschaftsminister Hitlers über die gewonnenen Arbeitsschlachten.

Die Revolte in Spanien dauert an

Die an hiesigen amtlichen Stellen im Laufe des heutigen Tages eingetroffenen Meldungen aus Spanien veranlassen zu einer vorwiegend pessimistischen Beurteilung der dortigen Lage. Man erklärt, dass die Regierungsbehörden in Nordspanien nicht mehr in der Lage seien, der Streikbewegung Herr zu werden und die zahlreichen Verschwörungen gegen das Regime im Keime zu ersticken. Der Eisenbahnverkehr kann nicht mehr gesichert werden. Im Industriegebiet von Bilbao sind Zerstörungsakte zu verzeichnen, die zu einer Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs von Bilbao nach San Sebastian und anderen wichtigen Punkten geführt haben. Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln ist stark bedroht. In Saragossa feuerten die Extremisten gegen die Gebäude der Zeitungen, sowie gegen das Telegraphenamt Schüsse ab. In Lacoruna ist der Generalstreik ausgerufen worden. Die Stadt war mehrere Stunden hindurch in Finsternis gehüllt.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

31

„Ich ziehe den Hut vor dir, Hutchins", sagte er. „Ich muss sagen, dass du deine Sache verstehst. Na, dreh ihn auf den Rücken und lass ihn uns ansehen". Sie drehten mich um. Mit Augen, die mir aus dem Kopfe quollen, starrte ich sie an. Ueber eines war ich mir klar: Hätten sie mich das erstemal, als ich die Zwangsjacke bekam, so eingeschnürt, so wäre ich sicher in wenigen Minuten gestorben. Aber jetzt hatte ich Uebung. Hinter mir hatte ich Tausende von Stunden in der Jacke — und dazu kam, dass ich an das glaubte, was Morrell mir erzählt hatte.

„Na, dann lach, den Teufel lach!" sagte der Direktor zu mir. „Lächle nur, wie du geprahlt hast". Und selbst jetzt — als meine Lungen nach ein wenig Luft dürsteten, mein Herz brechen wollte und mein Hirn schwindlig war —, selbst jetzt war ich doch imstande, dem Direktor ins Gesicht zu lächeln.

Die Tür schlug zu und schloss so gut wie alles aus — und ich lag allein drinnen auf dem Rücken. Mit Hilfe der Kniffe, die ich längst gelernt hatte, glückte es mir, mich zollweise über den Fussboden zu schlängeln, bis eine Ecke meiner Schuhsohle die Tür berührte. Das war eine riesige Erleichterung. Ich war jetzt nicht mehr ganz allein. Wenn nötig, konnte ich wenigstens Morrell signalisieren.

Aber der Direktor musste dem Wärter seine Instruktionen erteilt haben, denn obwohl es mir glückte, Morrell zu rufen und ihm zu erzählen, dass es meine Absicht war, das Experiment zu machen, hinderten sie ihn doch zu antworten. Mich konnten sie nur verfluchen und ausschelten — ich war zu zehn Tagen Zwangsjacke verurteilt und daher über ihre Strafen erhaben.

Ich erinnere mich, dass ich damals selbst meine Seelenruhe beachtete. Mein Körper spürte die gewöhnlichen Qualen der Jacke, aber meine Seele war so passiv, dass die Qualen nicht mehr merkte als den Fussboden unter mir und die Wände um mich her. Nie ist ein Mann geistig und körperlich für einen solchen Versuch besser geeignet gewesen. Selbstverständlich kam das zum grossen Teil von meiner furchtbaren Schwäche. Aber es war mehr als das. Ich hatte mich lange geübt, Schmerz zu verachten. Ich hatte weder Raum für Zweifel noch für Furcht. Alles, was mein Geist umfasste, schien ein absoluter, felsenfester Glaube an die Herrschaft des Geistes zu sein. Diese Passivität war fast wie ein Traum, und doch war sie auf ihre Art geradezu übertrieben positiv.

Ich begann, meinen Willen zu konzentrieren. Gerade jetzt begann es in meinem Körper infolge der mangelnden Blutzirkulation zu pochen und zu prickeln. Ich richtete meinen Willen auf den kleinen Zeh meines rechten Fusses. Meinen ganzen Willen setzte ich dafür ein, dass er aufhören sollte, in meinem Bewusstsein zu leben. Ich wollte, dass er sterben sollte — sterben mit Bezug auf alles, was mich, seinen Herrn, ein von ihm ganz unabhängiges Wesen, betraf. Es war ein schwerer Kampf. Das hatte Morrell mir schon vorausgesagt. Aber es gab nicht einen Funken von Zweifel in mir, der meinen Glauben hätte schwächen können. Ich wusste, dass der Zeh sterben würde, und ich wusste es, als er tot war. Glied für Glied starb er, von meinem Willen dazu gezwungen.

Der Rest war leicht, aber langsam ging es, dass muss ich zugeben. Glied auf Glied, eins nach dem andern hörten allmählich alle Zehen an meinen Füssen auf zu existieren. Dann kam der Augenblick, da meine Füsse bis zu den Gelenken fort waren — und dann der, da alles bis zu den Knien tot war.

So angespannt war mein Geist, dass ich nicht einmal Stolz oder Freude über den Erfolg fühlte. Ich dachte an nichts als nur daran, meinen Körper sterben zu lassen. Mein ganzes Ich wollte nur das eine — das Werk vollbringen, dass ich so systematisch ausführte, wie ein Maurer seine Mauersteine setzt, und ich betrachtete dieses Werk als etwas ebenso Selbstverständliches wie der Maurer seine Arbeit.

Eine Stunde darauf war mein Körper bis zu den Hüften gestorben — und ich ging weiter. Glied für Glied, mit meinem Willen zum Tode.

Erst als ich an mein Herz kam, zeigte sich in meinem Bewusstsein etwas Unsicherheit und Schwindel. Aus Furcht, das Bewusstsein zu verlieren, konzentrierte ich meinen Willen darauf, den schon erreichten Tod zu bewahren, wechselte dann das Operationsgebiet und begann mit den Fingern. Wieder wurde mein Gehirn klar, und es gelang mir rasch, meine Arme bis zu den Schultern sterben zu lassen.

Jetzt war mein ganzer Körper tot — in seinem Verhältnis zu meinem Ich — ausser meinem Kopf und einem kleinen Stück von der Brust. Das Hämmern und Klopfen meines zusammengepressten Herzens hallte nicht mehr in meinem Hirn wider. Mein Herz schlug fest, aber schwach. Hätte ich in diesem Augenblick Freude fühlen können, so würde ich sie über das Aufhören jener Empfindung gefühlt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Schlesischer Sejm

Die Wiederwahl des Wojewodschaftsrats. — Um die Verschiebung der Kommunalwahlen. — Das Unrecht an den Turnusurlaubern.

Der aussergewöhnlich lange „Sommerurlaub" des Schlesischen Sejms hatte zu der 35. Sitzung eine wissbegierige Menge auf die Galerie herbeigerufen, die wohl über den kurzen und sachlichen Verlauf der Verhandlungen ein wenig enttäuscht sein dürfte. Nichts destoweniger sind eine Reihe immerhin wichtiger Punkte erledigt worden, nur schien keine richtige Lust zur Debatte zu sein, die erst mit der Berührung der Frage der Turnusurlauber eine kleine Belebung erfahren hat und wohl ihre Explosion bei den Beratungen in der Sozialkommission erleben wird.

Mit gewohnter Verspätung wurde die Sitzung mit den üblichen Formalitäten eröffnet, wobei der Sejmmarschall die Wahlordnung des Wojewodschaftsrats verlas, die als erster Punkt auf der Tagesordnung stand. Es wurden 3 Listen abgegeben, wobei der Korfanty- und Sanacjaklub je 19 Stimmen und 2 Vertreter, wie bisher, erhielten, der deutsche Klub 7 Stimmen und ein Mandat, wobei anstelle des bisherigen Bürgermeisters Dr. Michatz, der Schulleiter Schimke aus Mikulszowice die Vertretung übernahm. Hierauf wurde die Verschiebung der Kommunalwahlen um 2 Jahre behandelt, die Begründung der Dringlichkeit gab der Wojewodschaftsrat Dr. Dworzański, der die Verschiebung mit der Vereinheitlichung der Selbstverwaltung und Ausgleichung an das, im übrigen Polen geltende, Recht hervorhob und wiederholte Wahlen vermieden wissen wollte. Der Vertreter des Korfantyklubs, Abg. Kempka, ist von der Notwendigkeit der Verschiebung der Kommunalwahlen nicht so überzeugt, stimmt aber für die Ueberweisung an die Selbstverwaltungskommission, wobei er hervorhebt, dass manche Dinge beseitigt werden müssen und wendet sich insbesondere gegen die kommissarischen Vertretungen, die garnicht den Interessen der Bevölkerung entsprechen. Die Vorlage wird an die Administrationskommission verwiesen.

Die Gesetzesprojekte über den Verkauf von Grund und Boden für öffentliche Anlagen aus dem schlesischen Finanzschatz an die Kommunen, die Vorlage über die Verkehrsordnungen auf öffentlichen Strassen und das Projekt, betreffend des Bahnbaus Rybnik—Sohrau—Pless, werden im Sinne der Kommissionsvorschläge angenommen, wobei zum Bahnbau der Abg. Pruss sich gegen die einseitige Bevorzugung politischer Anhänger des gegenwärtigen Systems zur Arbeitsaufnahme wendete und den Wunsch ausspricht, dass bei der Arbeitszuteilung Arbeit für alle und Gerechtigkeit Grundlage werden möge. Die Projekte über Dampfkessel und Druckkesselüberwachung, über die der Abg. Schmiegel referiert, werden debattelos angenommen, wie sie die Kommissionen beschlossen haben. In die entsprechenden Kommissionn werden die Projekte des Wojewodschaftsrats über die Ueberwachung von Lebensmitteln, ein Antrag auf Abänderung der verschiedenen Bestimmungen im Versicherungswesen, vom Korfantyklub, ferner ein Wojewodschaftsprojekt über den Umtausch von Grund und Boden in Siemianowitz, ausserdem ein Projekt für die Aufnahme einer Anleihe beim Arbeitsfonds, durch den Wojewodschaftsrat überwiesen.

Auf Antrag des Abg. Kendzior und Genossen werden die Auslieferungsanträge zur weiteren Strafverfolgung der Abg. Dr. Korfanty, Dr. Hager, Prokop und Ochmann, zur erneuten Behandlung in die Geschäftsordnungskommission verwiesen. Seinerzeit hat die Geschäftsordnungskommission die Auslieferung der benannten Abgeordneten an die Gerichte beschlossen. Mit Ausnahme der Sozialisten sind alle Klubs an diesen Anträgen beteiligt und soweit man übersehen kann, wird die Rückverweisung an die Geschäftsordnungskommission wohl zugleich ein Begräbnis dieser Anträge sein.

Ein Antrag des Wojewodschaftsrats, auf die Einführung einer Sondersteuer für die katholische Kirche, wird der Rechts- und Budgetkommission überwiesen.

Die Klubs brachten eine Reihe von Anträgen ein, von denen zwei Anträge, betreffend die Turnusurlauber, besondere Bedeutung erlangen dürften. Der Korfantyklub und die deutsche Fraktion wenden sich gegen eine Verordnung des Wojewoden, betreffend die Turnusurlauber, in deren Handhabung eine Schädigung der Interessen der Arbeiterschaft gesehen wird. Hierbei bezeichnet der Abg. Kunsdorf diese Verordnung als eine einseitige Handhabe gegen deutsche Arbeiter und deren Familien, der Abg. Sosiński bezeichnet diese Verordnung als dem geltenden Arbeitsrecht widersprechend, da Urlaub auf keinen Fall als Entlassung betrachtet werden kann. Ausserdem wird diese Verordnung so angewendet, dass bei der Arbeitszuteilung nicht sachliche Gründe, sondern vielfach politische Momente eine Rolle spielen, die auf oberschlesischem Boden, innerhalb der Arbeiterschaft nur eine neue Welle der Unzufriedenheit schaffen müssen. Er bittet, die Dringlichkeit der Anträge anzunehmen, sie der Sozialkommission zu überweisen, wo man umfangreiches Material für die einseitige Handhabung der Verordnung, betreffend die Turnusurlauber, erbringen wird. Der Sejm beschliesst im Sinne der Antragssteller, wobei die Tagesordnung erschöpft ist und der Marschall die Sitzung nach kaum eineinhalbständiger Dauer schliesst.

Nazi-Baumann ausgewiesen

Hinter den Kulissen der polnischen Nationalsozialisten

Wie die polnische Presse berichtet, ist ein gewisser Baumann als lästiger Ausländer aus Polen ausgewiesen worden. Wie es heisst, hängt diese Ausweisung mit der Affaire innerhalb der polnischen Nationalsozialisten zusammen. In einem Prozess, den der Rechtsanwalt Koscielski gegen seine früheren Nazimitarbeiter führt, wird dieser Baumann als ein Agent des deutschen Auswärtigen Amtes, der Naziabteilung, bezeichnet und ihm zur Last gelegt, dass er dem Rechtsanwalt Koscielski 20 000 Reichsmark überwiesen hat oder überweisen sollte, damit dieser eine nationalsozialistische Bewegung in Polen aufziehe. In dem ersten Prozess gegen die Nazis untereinander ist die Sache nicht geklärt worden, aber die Behörden haben Baumann das Handwerk gelegt, der jetzt ausgewiesen wurde. Es wäre interessant, hinter die Kulissen der polnischen Nazis mit dem Scheinwerfer hineinzuleuchten, um zu wissen, aus welchen Reptilienfonds diese Bewegung gespeist wird, die übrigens nicht nur in die verschiedensten Richtungen gespalten, sondern auch auf dem Aussterbeetat ist. Vielleicht wird der Prozess Koscielski gegen seine früheren Mitarbeiter doch noch einen Lichtblick bringen, wie patriotische Retter entstehen.

Um das Schicksal der Spółka Bracka

20-Prozentige Erhöhung der Beiträge zur Pensionskasse. — Dafür Abbau der Leistungen. — Es geht um das Los der Invaliden. — Dringende Hilfe tut Not.

Am 18. Dezember 1933, am gleichen Tage, wie im vergangenen Jahre, werden im Vorstand der Społka Bracka wichtige Beschlüsse gefasst. Nachdem der Voranschlag beider Kassen für 1934 ein Minus von ca. 6 Millionen Złoty aufweist, angeblich aber Hilfe von keiner Stelle zu erwarten ist, hat die Direktion beschlossen, diesmal wiederum beide Teile der Mitgliedschaft in der Pensionskasse zu belasten. Der Vorstand als die kompetente Körperschaft, **soll die Beiträge in den ersten drei Gruppen von 4 auf 5 Prozent und in den letzten drei Gruppen von 5 auf 6 Prozent erhöhen. Das bedeutet also eine Steigerung der Beiträge um 20 Prozent.**

Fernerhin soll Anfang nächsten Jahres eine ausserordentliche Generalversammlung über die Leistungen in der Pensionskasse folgendermassen beschliessen:

1. Die aktive Dienstzeit wird auf die Anwartschaft nicht mehr in Anrechnung gebracht,
2. Die Kriegs- und Aufstandsjahre werden nicht wie bis dahin, in der 4., sondern in der 2. Klasse angerechnet,
3. Die Wysługa beträgt statt 160,— Złoty jährlich oder 13,33 Złoty monatlich, nur 60,— Zł. jährlich oder 5,— Złoty monatlich,
4. Für die unter 2 fallenden Personen, die vor dem 1. I. 1929 anerkannt sind, wird der Steigerungssatz der letzten Gruppe in der 2. Klasse berechnet,
5. Minderjahre werden, statt in der 3., in der 2. Klasse berechnet bei Invaliden, anerkannt vor dem 1. I. 1929 in der I. Gruppe,
   Weibliche Invaliden kommen statt in die 2., in die erste Klasse, diejenigen, welche vor dem 1. I. 1929 anerkannt waren, desgleichen in der I. Gruppe zur Anrechnung,
6. Meistberechtigten Mitgliedern, die in den Jahren 1887—1907, infolge Krankheit, ganz oder teilweise von der Beitragsleistung befreit waren, wird statt der 3. Klasse, die 2. Klasse angerechnet, für Invaliden, vor dem 1. I. 1929 anerkannt, gilt die 3. Gruppe,
7. Diese Senkungen kommen für alle in Anwendung,
8. Nach Durchführung obiger Aenderungen in der Rentenberechnung, werden ab 1. I. 1934 alle Invaliden- und Witwenrenten um 30 Prozent, statt wie bisher, um 25 Prozent gekürzt,
9. Desgleichen werden die Waisenrenten um 15 Prozent, statt um 10 Prozent, gekürzt.

Nimmt man an einem kranken Körper Operationen vor, die nicht sachgemäss durchgeführt werden, so heisst es dann gewöhnlich nicht mit Unrecht im Volksmund: „Operation gelungen, Patient gestorben." Und so sieht es auch mit unserer Knappschaft aus. Mit dem Durchhalten aus eigener Kraft ist es bald vorbei. **Noch zwei oder drei solcher Krisenjahre, und die Społka Bracka war gewesen,** — ein schöner Traum für die Invaliden und für diejenigen, welche es zu werden erhofften. Schon mehrmals haben wir darauf hingewiesen, dass die **Społka Bracka nur aus Beitragsmitteln der Mitglieder nicht zu halten ist,** wenn Jahr für Jahr immer wieder Arbeiter auf die Strasse geworfen werden. Immer und immer wieder muss der Oeffentlichkeit, muss den Behörden, dem Bergarbeiter selbst gesagt werden, dass die Knappschaft nicht zu halten ist, wenn der Staat nicht selbst eingreift. Und dies gilt auch, trotzdem immer wieder von Seiten der Direktion, also von den verantwortlichen Stellen, erklärt wird, dass wir uns selbst helfen müssen, dass uns andere Stellen nicht helfen können. Diese Stellen haben die Verantwortung dafür zu tragen, wenn tatsächlich den Arbeitern die Knappschaft verloren geht, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

Das scheint aber hier nicht der Fall zu sein. Und ausserdem hat es auch den Anschein, als wenn die oberschlesischen Kommunen, als wenn die verantwortlichen Behörden, kein Interesse am Fortbestehen der Społka Bracka hätten. Dazu muss noch einmal in aller Klarheit festgestellt werden, dass **die arbeitenden Bergleute Oberschlesiens über 20 Millionen Złoty aufbringen, damit die Aermsten der Armen, über 50 000 Invaliden, Witwen und Waisen, zu 95 Prozent im eigenen Staate wohnhaft, kümmerlich durchgehalten werden.** Geht die Społka Bracka ein, so haben die Kommunen neue Lasten zu tragen, und nicht nur die Empfänger, sondern auch die Familienmitglieder zu versorgen, denn es ist doch nun einmal so, dass jeder Invalide mit der Rente nicht nur ein, sondern mehrere Kinder zu ernähren hat. Und das geschieht bisher nicht durch die Kommunen, sondern durch die Społka Bracka. Geht diese zu Grunde, so werden weitere tausende von Arbeitern unterhaltungsbedürftig, die infolge des letzten Sozialabkommens von deutschen Knappschaften ihre Rente erhalten. Und naturgemäss gehen dann auch tausende von Käufern dem Konsum verloren.

Es kann dem polnischen Staat nicht gleichgültig sein, wenn eine so alte, bewährte Sozialeinrichtung verloren geht. Und der oberschlesische Arbeiter, dem für sein Land kein Opfer zu schwer war, sieht nun mit Entsetzen, dass auch seine letzte Stütze hinweggefegt wird. Ist es dann ein Wunder, wenn er alle Hoffnung verliert und auch den Glauben an die Zukunft? Hier ist es unweigerlich die Pflicht des Staates, **alle Mittel anzuwenden, um die oberschlesische Knappschaft für den oberschlesischen Kumpel zu erhalten.**

Weitere Sonderabkommen

Zum deutsch-polnischen Sozialabkommen sind nun weitere Sonderabkommen getroffen worden.

Anerkennungsgebühren. Anerkennungsgebühren für die Zeit vom 1. 9. 1933, die irrtümlich bereits bezahlt wurden, werden auf Antrag:

1. Für solche, die nur in einer Knappschaft versichert waren, zurückerstattet. (Für uns nur Gebühren gezahlt an deutsche Knappschaften.
2. Für beiderseitig Versicherte auf die spätere Zeit verrechnet. Diese Anträge werden nur bis zum 1. 7. 1934 berücksichtigt.

Krankenversicherung. Im Verwaltungsgebiet beider Knappschaften werden auch alle übrigen Krankenkassen, wenn nötig und mit Einverständniss der Knappschaften, Leistungen und Behandlung aufnehmen.

Pensionsversicherung. Protokollarisch einigten sich beide Knappschaften, dass für Versicherte nur einer Knappschaft die Feststellung bis zum 31. 12. 33 und bei beiderseitig Versicherten, die Feststellung bis zum 1. 4. 1934 zu erfolgen hat.

Die Pensionen, von 1. 7. 1931 bis 31. 8. 1933 sollen möglichst mit den laufenden der anderen Knappschaft festgestellt werden, die dann die andere Knappschaft mit ihrer Feststellung dem Berechtigten innerhalb 1 Monats zustellt.

Zum Art. 38 des Abkommens vom 11. 6. 1931 werden Interpellationen der Regierungen beiderseitig zur Bearbeitung bezw. Novellisierung vorgeschlagen.

Weitere Aufklärungen werden folgen.

Vorsicht vor Dolarowkaschwindlern

Da es noch viel leichtgläubige Menschen gibt, versuchen verschiedene Schwindler, die Situation ausnützend, Kapital aus dieser Leichtgläubigkeit herauszuschlagen. So erschien dieser Tage in Eichenau ein gewisser Blache, angeblicher Vertreter der Versicherungsgesellschaft „Vesta" in Kattowitz und bot, meistens allein anwesenden Frauen, Dolarowkalose für 21 Złoty an. Da die Lose nur eine einmalige Jubiläumsausgabe sein sollten und ein jedes Los wenigstens 20 000 Złoty Gewinn bringen sollte, sind sehr viele auf diesen Schwindel eingegangen und haben die 21,— Złoty ausgehändigt. Anstatt ein richtiges Los zu bekommen, erhielten die Leichtgläubigen einen alten Bestellschein auf eine Dolarowka. Auf denselben Schwindel ist auch eine Arbeitslosenfrau in Eichenau namens Janikowski eingegangen, weil der angebliche Blache es ausgezeichnet verstand, der Frau einzureden, dass die Vorteile eines solchen Loses sehr gross sind. Da Frau Janikowski nur noch 15,— Złoty Vermögen besass, so konnte sie keine 21,— Złoty hinterlegen. Der Schwindler war auch mit den 15,— Złoty einverstanden und händigte dafür die alte Bestellung aus, mit dem Bemerken, dass sich der Schwindler für den Rest selbst an dem Gewinn beteiligen wird. Als man nach dem Ziehungstage von keinem Gewinn hörte, musste auch Frau J. feststellen, dass sie einem Gauner in die Hände gefallen ist. Da dieser Gauner noch anderweitig sein Glück versuchen wird, ist es ratsam, ihn beim Erscheinen der Polizei zu übergeben.

30 000 Arbeiter-Wohnungen

Durch den Staatlichen Arbeitsfonds ist ein neuer Plan zum Bau von 30 000 neuen Arbeiter-Wohnungen entworfen werden. Eine besondere Baugenossenschaft soll die Durchführung dieser Aufgabe übernehmen. Ausser dem Arbeitsfonds und den neuen Investions-Fonds werden auch die Landwirtschaftsbank und vermutlich auch der ordentliche Staatshaushalt zu der Finanzierung herangezogen werden. Zur Ausführung sollen einheitliche Typen-Häuser kommen. Die Verzinsung des dafür aufgewandten Kapitals soll 20 Zloty monatlich für die einzelne Wohnung nicht überschreiten und teilweise bis zu 12 Zloty monatlich heruntergehen. Wasserleitung und Kanalisation sollen die Gemeinden einrichten, die Beleuchtungsanlagen die öffentlichen Elektrizitätswerke stellen. Eine endgültige Bestätigung dieses Planes durch den Ministerrat liegt aber bisher noch nicht vor.

Aus Gross-Kattowitz

Anwachsen der Arbeitslosigkeit. — Besondere Weihnachtszuweisungen. — Die Kohlenverteilung beginnt.

Nach einer Statistik des Kattowitzer **Arbeitsamtes** wuchs die Zahl der registrierten Arbeitssuchenden im Vergleich zu dem Stande im Juni d. Js. um nahezu 2 000 Personen. Im Januar d. Js. waren in Gross-Kattowitz 13 259 Arbeitslose registriert Von den im Oktober registrierten Arbeitslosen entfallen auf nichtqualifizierte Arbeiter 5 823, auf Büroangestellte 2 814, auf Metallarbeiter 1 841, Bergarbeiter 1 038, Bauarbeiter 659, Hausangestellte 102 und Lehrer 16. Im Juni d. Js. waren nur zwei arbeitslose Lehrer registriert.

In Anbetracht des herannahenden Weihnachtsfestes beabsichtigt das Lokalkomitee des Arbeitsfonds durch eine **Sonderzuweisung** für die Arbeitslosen Lebensmittel, Flanellstoff und für die ärmsten Schulkinder Schuhwerk bereitzustellen. Die Vergebung der Aufträge für die Anfertigung von 800 Paar Schuhe erfolgt auf dem Wege der Ausschreibung. Der Gesamtpreis für die vorgesehenen Schuhe darf nicht mehr als 7 000.— Zloty betragen.

Im November wurden auf Grund des **Arbeitslosenfürsorgegesetzes** beim Arbeitslosenvermittlungsamt in Kattowitz 1 294 freie Arbeitsstellen gemeldet. Zu diesem Zweck wurden 1 383 registrierte Arbeitslose verschickt, welche auch eine Beschäftigung fanden. Weiterhin sind 258 Erwerbslose aus der Evidenz gestrichen worden, weil sie die vorschriftsmässigen Bestimmungen nicht beachteten und sich daher auf Grund des Arbeitslosenfürsorgegesetzes strafbar machten. Am 1. Dezember betrug die Arbeitslosenziffer in Kattowitz 11 258 weibliche Personen.

Die diesjährige **Kohlenverteilung** beginnt bereits am 15. Dezember und zwar kostenlos mittels Fuhrwerk vors Haus der einzelnen Kohlenempfänger. Das Kohlenquantum beträgt per Person und Familie je 10 Zentner. Allein 1 800 Stadtarme werden bei der diesjährigen städtischen Kohlenbelieferung berücksichtigt.

Deutsche Theatergemeinde. Auf die am Freitag, den 15. d. Mts. abends 8 Uhr stattfindende Erstaufführung **„Der Mikado"**, eine Operette von Arthur Sullivan, machen wir hierdurch besonders aufmerksam.

Diese Vorstellung findet im Abonnement B (graue Karte) statt, und haben die Abonnenten A hierzu das Vorkaufsrecht.

Königshütte und Umgebung

Kampf gegen die Wohnungslosigkeit

Nachdem festgestellt worden ist, dass in fast allen Städten und Gemeinden der Wojewodschaft sich eine grosse Anzahl Wohnungsloser befindet die ihr Dasein in elenden Kellern, Ställen und andererswo fristen, wurde seitens der Behörde beschlossen, einen energischen Kampf gegen die Wohnungslosigkeit überall aufzunehmen. So wurde u. a. in Königshütte die Feststellung gemacht, dass sich in der Stadt allein 110 Familien befinden, die keinen festen Wohnsitz haben und gedrängt zu 8 bis 10 Personen in einem einzelnen Raum hausen. Dass bei solchen „wohnen" bei den Familien von Hygiene und Moral nicht die Rede sein kann, braucht nicht besonders betont werden.

Trotzdem die Stadtverwaltung in diesem Jahre bereits vier grosse Wohnbaracken an der ulica Wandy hat errichten lassen, und darin hauptsächlich die Einwohner des „Elendsdorfes" vom Pferdemarktplatz untergebracht hat, will man dazu übergehen, weitere Baracken dieser Art in der nächsten Zeit in Bau zu geben. Da aber die erforderlichen Geldmittel nicht vorhanden sind, will sich die Stadt an die Wojewodschaft wenden, damit sie die Baukosten der Baracken übernimmt oder eine dementsprechende Anleihe gewährt. Benötigt werden vorderhand an die 80 000 Zloty. Für diesen Betrag könnten die bisherigen 110 wohnungslosen Familien ein Dach über den Kopf erhalten, und was als das wichtigste erscheint, selbständig wohnen. In der letzten Stadtverordnetensitzung hat der Stadtpräsident versichert, alles zu unternehmen, um die Wohnungslosigkeit in der Stadt zu beheben, und vor allem diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu bereiten.

In Verbindung mit der Barackenangelegenkeit führen die Bewohner der bisherigen Baracken an der ulica Wandy Klage darüber, dass keine **Abflussmöglichkeit** für die unbrauchbaren Gewässer des Haushaltes besteht. Die in Frage kommenden Leute sind gezwungen, die Haushaltswasser auf die daneben führende Strasse zu giessen, was bestimmt nicht zur Reinhaltung der Feldstrasse führt.

Lange Weihnachtsfeiertage. Wie man hört, sollen infolge verschiedener Reparaturen die Betriebe der Königshütte vom 16. Dezember bis zum 7. Januar n. Jahres stillgelegt werden. Dieses wird zu den bisher schon sehr geringen Verdiensten eine weitere Schmälerung des Lohnes führen.

Verzögerung der Haushaltungsberatungen. Die diesjährigen Beratungen des städtischen Haushaltungsplanes für das Rechnungsjahr 1934/35 werden voraussichtlich in den ersten Januartagen in mehreren Sitzungen stattfinden. Gegenwärtig werden mit den einzelnen Dezernenten und Büroleitern Sitzungen abgehalten und der Versuch unternommen, die Ausgaben auf das Aeusserste zu beschränken. Wegen der schlechten Steuereingänge, die auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sind, wird auch das künftige Budget erheblich herabgesetzt, wozu besonders Richtlinien der Wojewodschaft herausgegeben worden sind. Nach diesen wird manche bisherige Ausgabe unterbleiben müssen.

Deutsches Theater, Königshütte. Donnerstag, den 14. Dezember, 20 Uhr, kommt als 5. Abonnementsvorstellung das Lustspiel **„Der Raub der Sabinerinnen"** von Schönthan zur Aufführung. Sonntag, den 17. Dezember Weihnachtsmärchen **„Schneeweisschen und Rosenrot"** um 15,30 Uhr und die grosse Operette **„Der Mikado"** um 20,15 Uhr. Karten für alle Vorstellungen an der Theaterkasse von 10 bis 12,30 und 16,30 bis 18,30 Uhr. Tel. 150. 2. Weihnachtsfeiertag: 2 Operettenaufführungen **„Der Vetter aus Dingsda"** von Künnecke und **„Die Männer sind mal so"** von Kollo.

Siemianowitz und Umgebung

Revue der Deutschen Theatergemeinde. Eine recht glückliche Hand hatte die Theatergemeinde Siemianowitz, als sie am 9. dieses Monats im Saale „Zwei Linden" einen „Bunten Abend" arangierte. Eine Reihe der besten Darsteller von Schauspiel Operette sowie das gesamte Ballet mit Balletmeister Dworak und Moldau produzierten sich in einem vielseitigen und ausgezeichneten Programm.

Herr Becker als Ansager sorgte von vornherein mit seinem Partner Albers für die heitere Stimmung. Hildegard Bach sang Partien aus Samson, Frl. Fust brachte Vortrage sowie Lotte Walter und Herr Kret die Tanzpartie aus „Aennchen von Tharau". „Wenn hier ein Pott mit Bohnen steit". Alle Einzeldarsteller entledigten sich ihrer Rollen auf das hervorragenste und ernteten reichen Beifall.

Am schönsten waren die Ballettänze, von denen wohl der Spitzenwalzer den Höhepunkt des Abends bildete.

Eine hervorragende Leistung bot Balletmeister Dworak mit seinem Tanzhusar und dem grotesken Tanz.

Abschliessend kann gesagt werden, dass das Publikum sich unter dem Titel „Revue" wohl kaum so schönen und interessanten Abend vorgestell hat.

Warum so hohe Preise. Der Wintersport wird betrieben, um der Gesundheit zu dienen. Darum sollen auch die Behörden dem Publikum die Ausübung dieses Sports nach Möglichkeit erleichtern. In Siemianowitz scheint es anders zu sein. Wenn auf der städtischen Eisbahn noch Eintrittspreise von 30 Groschen für Kinder und 60 Groschen für Erwachsene gezahlt werden sollen, so kann man bei solchem Eislaufen nicht von Volkssport reden. Vielleicht bemüht sich der Magistrat und setzt annehmbare Preise fest, damit auch die Arbeitslosen diese Abwechslung geniessen können.

Aus der Laurahütte. Zwei Angestellte, die Obermeister P. und K. von den Rohrwerken wurden am Montag aus der Hütte ausgesperrt, das heisst, es wurde von der Verwaltung veranlasst, dass sie das Hüttenterrain nicht betreten dürfen. Sie hatten sich vor einigen Tagen im Werk geprügelt und dies soll die Veranlassung zu dieser Massnahme der Verwaltung sein.

Schwerer Grubenunfall in Richterschächte. Durch Zubruchegehen eines Pfeilers am vergangenen Sonnabend wurde der Bergmann Bartholomäus Kujawa, 35 Jahre alt, verheiratet von den herabstürzenden Kohlenmassen verschüttet und getötet. Seine Kameraden, welche ihm zu Hilfe eilten, wurden durch einen weiteren Kohleneinbruch ebenfalls, einer davon schwer verletzt. Somit sind durch den Pfeilerbruch vier Arbeiter verunglückt.

Eine Frau beim Schmuggeln erschossen. Ein tragisches Geschick ereilte die Familie Pieronczyk aus Bytkow. Der arbeitslose Ernährer sitzt wegen Schmuggelns im Gefängniss. Um nun die Kinder ernähren zu können, verlegte sich die Frau gleichfalls aufs Schmuggeln. Am vergangenen Freitag nun wurde sie beim Ueberschreiten der grünen Grenze bei Brzeziny vom Grenzposten erschossen. Ob man bei diesem Notschmuggeln gleich die Menschen töten muss? Die grossen Schmuggler kommen jedenfalls beim Erwischen besser davon.

Eine Tonne Kohle für entlassene Arbeiter von Richterschacht. Die Grubenverwaltung gibt bekannt, dass für die von der Grube entlassenen Arbeiter je eine Tonne Kohle freigegeben wird. Die Empfangsberechtigten können die Kohle unter Vorweisung des Arbeitslosenausweises vom 19. bis 24. d. M. abholen.

ROTER SPORT

Aus der Handballsparte

Bekanntlich wurden die Endspiele um die Bundesmeisterschaft zwischen V. j. A. Alexanderfeld und Freie Turner Kattowitz vom Bezirksspielausschuss für ungültig erklärt. Dies erfolgte aus rein formellen Gründen. Für den 3. d. Mts. war nun ein Wiederholungsspiel der Vereine V. j. A. Alexanderfeld und Sila Bielitz, den beiden Gruppenersten im Bielitzer Unterbezirk, angesagt, zu dem sich nur Sila Bielitz stellte. Die dortige Sektionsleitung erklärte darauf die anwesende Mannschaft kampflos zum Sieger und Gruppenmeister. Genannter Verein hat nunmehr die Chance, mit dem oberschlesischen Vertreter, Freie Turner Kattowitz, in die Endrunde um die Bundesmeisterschaft zu treten, gesetzt den Fall, dass der Bezirksspielausschuss ebenso entscheidet, wie der Bielitzer Unterbezirk, was nach Lage der Sache unbedingt zu erwarten ist.

Wie verbringt ein Sportberichterstatter den Sonntagnachmittag?

Diese Frage konnte als Preisausschreiben dienen, wenn sie nicht schon am vergangenen Sonntag Beantwortung gefunden hatte. Also — lieber Leser, folge mir. Auf deinem vormittäglichen Spaziergang erfährst du zufällig, dass auf dem Turngemeindeplatz im Südpark Handballspiele eines D. T. — und eines Arbeitersportvereins steigen sollen. Das schreiendgelbe Plakat besagt: Beginn um 1 resp. 2 Uhr. Gut, also schnell Mittagessen, damit man rechtzeitig wieder im Südpark ist. Schade, man scheint sich etwas verspätet zu haben, denn es ist bereits 1 Uhr 20 Minuten und der Platz ist noch leer. Auf eine bescheidene Rückfrage erfährt man dann, dass die Gäste — keine Gäste waren, d. h. dass sie nicht kamen. Man brummt sich einen Fluch in den gedachten Bart und zottelt langsam durch den Schnee wieder los, im stillen darüber nachdenkend, dass doch noch sehr viel in unseren Sportvereinen fehlt, um diese auch dem Bürgertum gegenüber als vollwertig präsentieren zu können. Na, ein schwacher Trost, dass auf dem 06-Platz in Zalenze (Bedenke die Entfernung, aber nicht Luftlinie) ein Verbandsspiel der Fussballer um die Vizemeisterschaft von O/S steigen soll. Bei 10 Grad unter Null schwitzend, kommt man da an, um zu erfahren, dass auch hier der Gegner es nicht für nötig befunden hat, zu erscheinen oder wenigstens rechtzeitig abzusagen. Da wurde ich ganz traurig, oder auch wütend, wie man es gerade nennen mag, und die Schuldigen waren im Geiste schon verurteilt. Wozu, das wird der Leser auch wissen wollen? Nun, diejenigen, die so leichtfertig mit dem Ansehen eines Arbeitersportvereines umgehen, für die ist die schwerste Strafe noch zu gering. Womit wir der Hoffnung Ausdruck geben, dass solche Schlampereien im Interesse des Arbeitersports auf das allschärfiste geahndet werden müssten.

VERSAMMLUNGS-KALENDER

30-jähriges Jubiläum des Kattowitzer Ortsvereins der D. S. A. P.

Am Sonntag, den 17. Dezember nachmittags 4 Uhr, findet im Centralhotel in Kattowitz, anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Ortsvereins der D. S. A. P. eine Feier statt. Alle Genossinnen, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, sowie Angehörige der Kulturvereine sind herzlichst eingeladen.

Kattowitz. Metalarbeiter. Unsere nächste **Mitgliederversammlung** findet am Sonntag den 17. d. M. vormittags 10 Uhr im Centralhotel statt. Migliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Schwientochlowitz. Touristenverein „Die Naturfreunde". Am Sonntag, den 17. Dezember, abends 6,30 Uhr, veranstalten die Ortsgruppen Schwientochlowitz und Bismarckhütte der „Naturfreunde" im Saal des Herrn Wieczorek, früher Bialas, ul. Czarnolešna, eine gemeinsame Weihnachtsfeier mit reichhaltigem Programm. Alle Freunde unserer Bewegung sind dazu herzlichst eingeladen.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia. Ludowa", Spółdz. z odp udz., Katowice